

„Das Land braucht uns mehr denn je“

Grüne Für Winfried Kretschmann ist Freiheit der Sinn der Politik. Stolz ist seine Sache nicht, er ist aber Politiker aus Leidenschaft.

Wer regiert nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg? Fast alles erscheint möglich. Wir stellen die Spitzenkandidaten von CDU, SPD, Grünen, FDP und der Linken in loser Folge im Interview vor. Im heutigen dritten Teil: Winfried Kretschmann, Spitzenkandidat der Grünen.

Herr Kretschmann, was haben Sie als Letztes mit dem Kirchenchor in Laiz einstudiert?
Lieder zum 80. Geburtstag unseres ehemaligen Dirigenten. Darunter der Klassiker von Silcher „Hab oft im Kreise der Lieben“.

Wann waren Sie zuletzt bei der Chorprobe?
Zur Vorbereitung dieser Lieder, zwischen Weihnachten und Neujahr.

Was verpassen Sie in Laiz auf gar keinen Fall, Wahlkampf hin oder her?
Den Narrenball der Narrenzunft Balkenstrecker.

Manche Grüne haben ja schon mit ihren Autos Schlagzeilen gemacht. Was für einen Antrieb hat eigentlich Ihr Dienstwagen?
Erdgas.

Wann war Ihre letzte Zugfahrt?
Heute Morgen.

Was ist eigentlich so cool an einem Bürstenhaarschnitt?
Ich hatte immer einen braven Scheitel, bis meine Tochter gesagt hat, du hast eine Frisur wie ein CDUler, und ich solle mir mal eine gescheite Frisur verpassen.

Wo wären Sie heute, wenn Sie nicht vor 30 Jahren die Grünen mitbegründet hätten?
Vielleicht Schulleiter eines Gymnasiums auf dem Land.



„Meine Tochter sagte, du siehst aus wie ein CDUler.“

Über die Abkehr vom braven Scheitel

Schon auf Gründungsfotos tragen Sie Jacke. Was haben Sie gegen Latzhosen?
Nichts. Ich werke zuhause durchaus im blauen Anton, aber warum soll man mit einer Latzhose rumlaufen wo es gar nicht passt?

Aber Turnschuhe hätten Sie – für den Fall eines Ministeramts?
Ja, Turnschuhe habe ich, ich brauche sie für mein Training im Fitnessstudio.

Haben Sie jemals Müsli gefrühstückt?
Ich bin ein leidenschaftlicher Müsliesser.

Jetzt machen Sie 30 Jahre Landespolitik, und die CDU beschimpft die Grünen als die Dagegen-Partei. Die SPD sagt, sie hätten nur ein Thema. Was ist schiefgelaufen?
Nichts, denn das sind populistische Kampagnen. Der Kern der Demokratie ist der Streit um Alternativen. Die Kampagne suggeriert, es gäbe nur eine Lösung – und zwar die von oben. Nichts untergräbt das Vertrauen einer aufgeklärten Bürgergesellschaft in die Politik mehr als diese Haltung.

Was sind die Themen der Grünen?
Die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft und die entsprechende Infrastrukturpolitik, bessere Bildung durch individuelle Förderung und Entkopplung des Bildungsaufstiegs von der Herkunft. Solide, nachhaltige Finanzpolitik, um die Gestaltungsfähigkeit des Landes auch in Zukunft aufrechtzuerhalten. Das übergreifende Thema ist, wie beteiligen wir die Bürger auf Augenhöhe an Entscheidungen.

Sind die Auseinandersetzungen über Stuttgart 21 Fluch oder Segen für die Grünen?
Erst mal sind sie ein Segen für die ganze Gesellschaft. Egal wie es ausgeht, Stuttgart 21 hat die Republik verändert. Die Schlichtung könnte so etwas wie eine Blaupause für die Zukunft sein – allerdings vor und im Verfahren nicht danach. Und was für die Gesellschaft ein Segen ist, kann für die Grünen nur ein doppelter Segen sein.

Sind die „Wutbürger“ Ihre Klientel?
Ich weiß nicht, ob ich mich auf dieses Wort einlassen soll. Dass man auch mal wütend wird, ist wichtig, ohne die Wut wären wir Grüne gar nicht entstanden. Das Charmante an den Grünen ist aber, dass aus Wutbürgern Mutbürger wurden, die Mut haben zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen.

Warum müssen die Grünen dieses Mal unbe-



Kraftvoll gestalten will Winfried Kretschmann, wenn die Grünen die Wahl gewinnen sollten.

Fotos: Achim Zweggart

dingt an die Regierung kommen?

Wir wollen an die Regierung kommen, „müssen“ und „unbedingt“ sind nicht die richtigen Begriffe, denn das bestimmt der Souverän. Aber es wäre für das Land gut, wenn wir Verantwortung übernehmen. Wir stehen ja vor großen Herausforderungen. Da braucht man so einen innovativen Haufen, wie wir es sind. Im Moment herrscht ja regelrechte Aufbruchstimmung gegenüber der Ausgezehrt-heit des Regierungslagers.

Aufbruch, wozu?

Aufbruch in ein Zeitalter, in dem wir Wohlstand und Lebensqualität schaffen, ohne damit die Grundlagen des Planeten zu gefährden. Das ist die große Vision des 21. Jahrhunderts. Ich sehe nicht, dass das jemand außer uns zum Kernthema macht. Deshalb braucht Baden-Württemberg uns mehr denn je.

Was finden Sie auf einmal an der SPD so toll?

Ich finde, die SPD hat jetzt einen Spitzenkandidaten, der auch mal in längeren Linien denkt. Der solide an die Dinge herangeht. Ich kenne ihn gut aus dem Wahlkreis. Daher kann ich mir gut vorstellen, dass wir zusammen etwas Gescheites hinkriegen.

Spricht außer Nils Schmid noch etwas für die SPD?

Wir haben in zwei wichtigen Themen Übereinstimmung. In der Atompolitik liegen wir auf einer Linie und auch in der Bildungspolitik sehe ich, dass sie sich sehr auf unsere Position zubewegt hat, das Bildungswesen von unten nach oben zu öffnen.

Früher mochten Sie die CDU...

Ob ich die CDU mochte oder mir das ange-dichtet wird, lasse ich mal dahingestellt. Bisher kam man ja nicht an der CDU vorbei, wenn man eine Machtopion haben wollte. Das ist jetzt nicht mehr so. Meine Überlegung war eher, dass die Grünen in einer Koalition mit einer wirtschaftsnahen Partei die ökologische Umgestaltung der Wirtschaft in den Mittelpunkt rücken könnten. Das kann ich heute nicht mehr erkennen. Mit der Verlängerung der Atomlaufzeiten hat die CDU einen historischen Fehler begangen. Denn die dynamischen Sektoren sitzen ja im Mittelstand bei energie- und ressourcensparenden Produkten und nicht in der Atomtechnologie.

Was schätzen Sie an Stefan Mappus?

Er ist verlässlich als Verhandlungspartner.

Noch was?

Das langt an Lob, wir sind schließlich im Wahlkampf.

Wie ist Ihr Verhältnis zur Linken?

Ich bin durch meine eigene Jugend gegen linksradikale Verirrungen immunisiert. Deshalb habe ich mit dieser Wunsch-dir-

was-Partei nichts am Hut. Ihre bizarre Kommunismusdebatte zeigt einen Weg, der die Freiheit der Gleichheit radikal unterordnet, der kann nur in die Irre führen. Entweder in eine Gesellschaft der Armut oder in eine Diktatur oder beides.

Schon als die SPD in Umfragen hinter den Grünen lag, hat deren Spitzenkandidat Nils Schmid Anspruch auf das Ministerpräsidentenamt erhoben. Sie tun das nicht. Warum nicht?

Doch, das mache ich. Ich möchte Ministerpräsident werden. Das ändert aber nichts daran, dass die Wähler das entscheiden, nicht ich. Deshalb gehe ich die Frage zurückhaltend an. Ich will auch deutlich machen, dass es uns nicht um Posten geht, sondern um Macht.

Wir wollen etwas gestalten. Wenn der Souverän mir diese Verantwortung zuweist, nehme ich sie gerne an und werde kraftvoll gestalten.

Was ist, wenn es mit dem Regieren wieder nichts wird, jetzt wo Sie so nah dran sind wie nie?

Auf diese Frage antwortet man als kluger Politiker nicht. Wir wollen Siegeswillen ausstrahlen. Was wir machen, wenn's nicht klappt, überlegen wir uns dann, wenn's nicht klappt.

Hat es emanzipatorische Bedeutung, wenn die Grünen stärker werden als die SPD?

Wenn wir tatsächlich stark wachsen bei der Wahl, hat das eine wichtige Bedeutung. Das ist wie ein Aufstieg in eine andere Liga. Es kämen ganz andere Aufgaben auf uns zu. In der ersten Liga muss man führen und nicht nur mitgestalten. Wir hätten eine ganz andere Gesamtverantwortung.

Was ist der Sinn von Politik?
Freiheit, wie Hannah Arendt gesagt hat.

Wie sehr trifft Sie der Vorwurf, Politiker seien Lügenpack?

Ich halte von diesem Vorwurf überhaupt nichts. In einer Demokratie geht es nicht um Lüge oder Wahrheit. Darum geht es in Diktaturen. In der Demokratie geht es um Alternativen. Presse- und Meinungsfreiheit verhindern in der Demokratie, dass systematisch gelogen wird.

Aber die Glaubwürdigkeit ist verloren.

Das sehe ich genauso. Wenn so eine Parole wie Lügenpack auftritt, dann stimmt schon was nicht im Staate Dänemark. Wir sehen

an Stuttgart 21, dass man nicht von Anfang an offen war für Alternativen. Die Offenheit ist erst im Schlichtungsprozess entstanden. Die Leute, die Lügenpack rufen, wollen, dass offen über Alternativen gestritten wird. Dass Alternativen ernst genommen werden, ist das Entscheidende, um im Verhältnis der demokratischen Institutionen zur Bürgerschaft wieder Vertrauen zu schaffen. Das gilt für alle Politikbereiche, nicht nur für umstrittene Großprojekte.

Sind Sie stolz, Politiker zu sein?

Ich hab's nicht so mit Stolz. Es gibt ein altddeutsches Sprichwort. Es lautet, Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz.

Sind Sie gern Politiker?

Ja, leidenschaftlich gern.

Wie sehr trifft Sie der Vorwurf, Sie seien als Spitzenkandidat eine Marionette und Wegbereiter für Özdemir oder Palmer?

Dieser Vorwurf ist völlig haltlos. Solche Gerüchte setzt man als Ministerpräsident einfach nicht in die Welt. Es ist nicht anständig. Aber Herr Mappus greift ja auch seine Parteifreunde frontal an, wie Oberbürgermeister Schuster oder Bundesumweltminister Röttgen. Solche unüberlegten Alleingänge zeigen sich auch in der Sache wie beim EnBW-Deal am Parlament vorbei. Seinem Regierungsstil fehlt es an Besonnenheit und Berechenbarkeit.

Sind die Sitten verroht?

Es geht eher darum, dass man sich an die Werte hält, die man selber propagiert, siehe Guttenberg. Meine These ist, entweder es geht um mehr Bürgergesellschaft, oder die Gesellschaft polarisiert sich immer mehr. Dann können wir die Frage, was die moderne Gesellschaft zusammenhält, irgendwann einmal nicht mehr beantworten. Dann sind wir wirklich in der Krise.

Was hält die Gesellschaft zusammen?

Gemeinsame Werte und zivilisierter Streit.

Wen hätten Sie lieber in Ihrem Kabinett: Özdemir, Palmer oder Kuhn?

Wer Minister wird, darüber ist noch nie debattiert worden. Wir werden Personen finden, die für diese Positionen geeignet sind. Cem Özdemir allerdings sieht seine Aufgaben klar in Berlin.

Warum haben die recht, die Sie stur finden?

Falsch. Kant sagt, der Mensch ist ein Wesen, das nach Prinzipien handeln kann. Mahatma Gandhi hat Politik ohne Prinzipien als eine der sieben sozialen Sünden genannt. Politik ohne Prinzipien macht keinen Sinn. Wenn man je nach Tageslage Politik machen würde, würde in der Politik nichts geschehen, was nicht ohne sie auch geschähe. Darum braucht man Prinzipien.

Wo ist die Grenze zwischen Prinzipientreue und Prinzipienreiterei?

Prinzipienreiterei wäre Dogmatismus. Jedes Prinzip muss man im Kontext der Situation beurteilen. Da weicht man auch mal von Prinzipien ab. Auch als engagiertes Mitglied der katholischen Kirche bin ich kein Anhänger von Dogmatismus.

Das Gespräch führte Renate Allgöwer.

Stächele hofft auf neuen Finanzausgleich

Föderalismus Die Regierungschefs der Geberländer dringen auf Verhandlungen. Von Reiner Ruf

Baden-Württembergs Finanzminister Willi Stächele (CDU) hat die Nehmerländer zu Gesprächen über eine Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs aufgefordert. Aus einigen Ländern erhalte er positive Signale, sagte Stächele. „Gespräche sind mir lieber, aber zur Not wird auch geklagt.“

Der Länderfinanzausgleich war gestern auch Thema bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin. Die Regierungschefs der Geberländer wollten dabei ausloten, ob ihre Länderkollegen zu Verhandlungen bereit sind. Für diesen Fall schlagen Stefan Mappus (Baden-Württemberg), Volker Bouffier (Hessen) und Horst Seehofer (Bayern) eine Arbeitsgruppe auf Ebene der Chefs der Länderstaatskanzleien vor.

Dort soll bis zur Ministerpräsidentenkonferenz im Juni sondiert werden, ob eine gemeinsame Gesprächsbasis hergestellt werden kann. Unlängst hatte Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen seine Bereitschaft zu Reformen signalisiert. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) schlug daraufhin in einem Brief an seine Kollegen in den Geberländern vor, gemeinsam an den Bund zu „appellieren, seine Verantwortung wahrzunehmen und die Finanzierung der Aufgaben der Länder und Kommunen sicherzustellen“. Ob sich die Bundesregierung auf ein solches Spiel zu ihren Lasten einlässt, darf jedoch bezweifelt werden.

Die Regierungen der drei Geberländer hatten Ende Januar in Stuttgart beschlossen, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Finanzausgleich zu klagen, sollten die Empfängerländer keiner Neuregelung zustimmen. Der Stuttgarter Finanzminister Stächele sagte gestern, der bundesstaatliche Finanzausgleich sei in seiner derzeitigen Form verfassungswidrig, weil er zu einer Überkompensation der Finanzkraftunterschiede führe. Außerdem biete er keine Anreize für die Nehmerländer, ihre Einnahmesituation zu verbessern. Stächele sagte, die Baden-Württemberger „verlangten zu Recht, dass in anderen Bundesländern nicht Wohlstand verteilt werden, die wir uns hierzulande nicht leisten, weil wir solide Staatsfinanzen wollen“. Der Südwesten zahlte im vorigen Jahr 1,7 Milliarden Euro in den Finanzausgleich ein, Bayern musste 3,5 Milliarden Euro abführen, Hessen ebenfalls 1,7 Milliarden Euro. Hauptempfänger war das Land Berlin, das 2,9 Milliarden Euro erhielt. Zwar läuft der Länderfinanzausgleich ohnehin im Jahr 2019 aus. Die Geberländer befürchten aber eine Nachfolgeregelung zu ihren Lasten, da sie deutlich in der Unterzahl sind.



„Solche Gerüchte setzt man als MP nicht in die Welt.“

Über den Vorwurf, er sei eine Marionette

Aktenstreit Greenpeace zeigt Tanja Gönner an

Greenpeace will juristisch die Herausgabe von Akten über die Sicherheit des Atomkraftwerks Philippsburg erzwingen. Dazu reichte die Umweltschutzorganisation gegen Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) und Ministeriumsmitarbeiter Strafanzeige wegen Verdachts auf Urkundenunterdrückung, Urkundenfälschung und Rechtsbeugung ein. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart konnte den Eingang der Anzeige gestern zunächst nicht bestätigen.

Die Umweltorganisation wirft Gönner vor, trotz richterlicher Aufforderung Verwaltungsakten über die Sicherheit von Atomkraftwerken zurückzuhalten. Greenpeace und Anwohner hatten gemeinsam auf Widerruf der Betriebslaubnis für das Atomkraftwerk Philippsburg geklagt. Im September 2009 sei das Umweltministerium durch das zuständige Gericht aufgefordert worden, die Papiere den Klägern direkt vorzulegen, erklärte ein Greenpeace-Sprecher. Bisher habe Greenpeace lediglich „einen halb gefüllten Aktenordner mit augenscheinlich unvollständigem Inhalt“ erhalten.

Das Ministerium wies die Vorwürfe als haltlos und das Vorgehen als inakzeptabel zurück. 2010 habe Greenpeace die notwendigen Akten erhalten, sofern sie nicht geheimhaltungsbedürftig waren. dpad/akw

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 25